

SOMMERFORUM: NICHTKOMMERZIALITÄT, SELBSTORGANISATION, SELBSTAUSBEUTUNG

Das gute Leben reflektieren

An einem warmen Sommernachmittag im Juli trafen sich ein dutzend (junge) Erwachsene im Tagungshaus Wernsdorf bei Berlin, um im Rahmen des InSel-Sommerforums über Kommerzialisierung und wirtschaftliche Alternativen zu reden.

Von Johannes Dietrich, Berlin ● InSel für Selbstbestimmtes Lernen nennt sich eine Gruppe bildungskritischer Menschen in Deutschland, die die staatlich regulierte, oft undemokratische Praxis des Lernens und Lehrens in Schulen nicht akzeptieren und die Ausbildung von LehrerInnen selbstbestimmter und demokratischer gestalten wollen.

Da sich alternative Schulformen (demokratische Schulen, freie Schulen) selbst organisieren und finanzieren müssen, ist die Reflexion über (Nicht-) Kommerzialisierung wichtig. Entsprechend wurde im Workshop, der von Elisabeth Voß geleitet wurde, aufmerksam gelauscht und lebhaft diskutiert. Um dem Thema näher zu kommen, gab es eine Kennenlernrunde, einen fachlichen Input der Workshopleiterin sowie mehrere Gesprächsrunden, bei denen die TeilnehmerInnen ihre Gedanken und eigenen Erfahrungen mit



(nicht-) kommerzieller Praxis austauschen.

Bereits in der ersten Runde wurde deutlich, dass sich die TeilnehmerInnen, die aus Berlin, Potsdam, Leipzig, Hamburg und anderen Orten angereist waren, bereits intensiv mit nichtkommerzieller Praxis auseinandersetzen, zum Beispiel durch das Leben in kooperativen Lebens- und Arbeitsstrukturen, Engagement in Umsonst- und Leihläden, in Versorgungsgemeinschaften (CSA = Community Supported Agriculture) oder eben in selbstorganisierten Bildungseinrichtungen wie »InSel« oder »FilmArche«.

Aufgrund des anschließenden Inputs über die grundlegenden Eigenschaften von kommerziellen und nichtkommerziellen wirtschaftlichen Handeln wurden die wesentlichen Unterschiede der Konzepte deutlich: Grundsätzlich ist Wirtschaft eine Umwandlung von Ressourcen in Produkte durch Arbeit. Bei kommerzieller Ausrichtung steht die geschäftliche Tätigkeit im Vordergrund. Nicht-kommerzielles Wirtschaften hingegen ist direkt auf die Befriedigung vorhandener Bedürfnisse ausgerichtet.

Die Abgrenzung von Kommerzialisierung und Nicht-Kommerzialisierung ist in der Praxis jedoch nicht ganz trivial – wenn mensch beispielsweise bedenkt, dass der erwählte Gewinn nicht immer monetär sein muss (etwa wenn Konzerne Absprachen zum wechselseitigen Vorteil treffen) oder dass Regionalwährungen und Tauschringe, die eigentlich nichtkommerzielle Alternativen zur Marktwirtschaft darstellen sollen, mittels Äquivalententausch operieren. Zudem spielt natürlich eine große Rolle, wie Einnahmen durch wirtschaftliche Aktivitäten generiert werden – kommerzielle Projekte beuten oft den Menschen aus, um Anteilseignern der Unternehmung einen maximalen Profit nach dem Motto »aus Geld (G) mach mehr Geld (G)« zu ermöglichen.

Die Ausbeutung der Arbeitskraft spielt jedoch auch in Strukturen, die an den Bedürfnissen statt an Geld orientiert sind, eine große Rolle. Zu übermäßiger Arbeit bei geringem Lohn motiviert dann jedoch weniger die Gewinnerzielung als vielmehr die Erreichung eines idealistischen Ziels. Diese Problematik wird zum Beispiel bei ArbeiterInnen deutlich, die als LandwirtInnen in Versorgungsgemeinschaften für eine andere Wirtschaft ackern.

Die Reflexionsrunde eröffnete dann die Sicht auf die verschiedenen Perspektiven der TeilnehmerInnen. Rege wurde über die Motivation zum Handeln gesprochen und es wurde deutlich, dass das Arbeiten zur Befriedigung eigener Bedürfnisse als wünschenswerte Alternative zum »Markt-Wirtschaften« angesehen wird. Eine wichtige Motivation für nichtkommerzielles Handeln liegt dabei oft in der Tätigkeit selbst, die der Person Freude bereitet, ohne dass das Ergebnis der Betätigung (ein gepflegter Garten, ein Workshop zu Selbstorganisation, ein repariertes Dach etc.) in jedem Fall für sich selbst beansprucht wird.

Gemeinsam stellten die TeilnehmerInnen die Rolle von Gemeinschaften für die Reflexion von eigenem Handeln und als Alternative zur (Über-) Lebenssicherung durch kommerzielles Tätigsein

heraus. Das wechselseitige Vertrauen bzw. der Vertrauensvorsprung ist relevant für die Handlungsfähigkeit der Menschen die in Gemeinschaften leben, insbesondere wenn diese kein oder kaum Investitionskapital besitzen und somit die Formel »G wird zu G« aufgrund des fehlenden G schon gar nicht aufgehen kann.

Eine nicht zu unterschätzende Chance des auf Bedürfnisse statt auf monetäre Gewinnerzielung ausgerichteten wirtschaftlichen Handelns, so die positive Schlussperspektive der Runde, sei in der »Landgewinnung« für menschliche Auseinandersetzung und das Miteinander zu sehen. Möglicherweise läge gerade darin ein zentraler Aspekt für eine kollektive »Lernkurve« im Hinblick auf eine neue gesellschaftliche Praxis des Produzierens und Konsumierens. ●

Anzeige



Anzeige

Ohne Kontakt zur Außenwelt gibt es keinen Neuanfang nach der Haft. Lesen hilft, sich zu informieren und in der Welt zu orientieren.

Bitte spenden Sie deshalb »Contraste« für Gefangene zum Preis von jährlich 45 € oder überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl an:

Freiabonnements für Gefangene e.V.
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 100 205 00, Konto 30 85 400
Kennwort: »Contraste«

LESEN HILFT

www.freiabos.de

TICKER REPRESSION & RECHTSFÄLLE

Schwerpunktthema in diesem Monat sind Gefängnisse. Wer neben Kurztexten grundlegende Informationen sucht, kann auf www.knast.net oder www.weggesperrt.de nachlesen. Ein Interview mit Hanna Podgig über das Innenleben im Knast findet sich auf www.ngo-online.de/2012/06/12/hannapodgig-interview/

Knast und Gewalt

Überraschendes förderte die Studie nicht zutage: Es gibt viel Gewalt im Knast. Das belegt der ehemalige niedersächsische Justizminister und im Hauptberuf Kriminologie lehrende Professor Christian Pfeiffer zusammen mit Steffen Bieneck in der Mitte August 2012 erschienenen Studie über »Viktimisierungserfahrungen im Justizvollzug« (abrufbar unter www.kfn.de/versions/kfn/assets/fob119.pdf). Danach klagen über 25% der erwachsenen Männer, 25% der Frauen und sogar fast 50% der Jugendlichen, in den letzten vier Wochen des Erhebungszeitraums Opfer körperlicher Übergriffe seitens anderer Gefangener geworden zu sein. Über sexuelle Gewalterfahrungen berichteten 4,5% der Männer, 3,6% der Frauen und 7,1% der Jugendlichen (mehr unter <http://de.indymedia.org/2012/08/334004.shtml>).

Die Zahlen dürften jedoch noch zu niedrig angesetzt sein, denn es wurde nur nach Gewalt unter Gefangenen gefragt. Die Gewalt durch Knastbedienstete kommt hinzu. Trotzdem hat ausgerechnet die Zeitung »Lichtblick«, von Gefangenen unter Aufsicht von der Knastleitung erstellt, die Zahlen angezweifelt, um den Ruf der Strafanstalten zu retten. Das wird die Herrschenden freuen, wenn die Unterdrückten die PR-Arbeit für sie machen.

Entlarvende Willkür gegen Gefangenen

Das Landgericht Bonn hat ein Reststrafgesuch von Peter (»Pit«) Scherzl, dem Gründer und Vorsitzenden der »Interessenvertretung Inhaftierter« (Iv.I.), abgelehnt. Die Begründung: Der Inhaftierte hätte zu viele Rechtsbeschwerden eingeleitet. Die seien zwar legal, aber solche Leute will der Staat nicht: »Das Erstreiten seines Rechts bei subjektiv erlebten Verletzungen habe

dabei so ein dominantes Ausmaß angenommen, dass es sein Handeln in wesentlicher Weise determiniere. Hierbei verkennt die Kammer nicht, dass – anders als in Freiheit – ein Dialog auf Augenhöhe im Vollzug nicht oder nur kaum möglich ist und der Verurteilte daher auf förmliche Anträge und Eingaben verwiesen ist. Sie verkennt auch nicht, dass der Verurteilte – soweit ersichtlich – ausschließlich von ihm eingeräumten Rechten Gebrauch macht.« Trotzdem sei alles ein Grund, ihn weiter einzusperrn (Bericht: <http://de.indymedia.org/2012/08/333713.shtml>). So lieferte das Gericht ein deutliches Beispiel für die Logiken von Knast und Strafe und ein weiteres Argument für die Forderung: Weg mit allen Knästen!

Polizei und Knast als Heilsbringer?

Eine seltsame Häufung der Befürwortung harter Strafen und des Einsperrens von Menschen fand sich in den Sommermonaten auf Indymedia (z.B. <http://de.indymedia.org/2012/08/333786.shtml>, <http://de.indymedia.org/2012/06/331214.shtml>, <http://de.indymedia.org/2012/08/333730.shtml>). Wenn Antifa-Gruppen auf Papi Staat und seine willigen VollstreckerInnen in Robe und Uniform hoffen, um die Welt von Nazis frei zu halten, so ist das allein schon eine denkwürdige Geschichtslosigkeit angesichts dessen, dass kein Nährboden für das Wiedererstarken des Faschismus besser ist als eine autoritär aufgeladene Gesellschaft.

Dass die Indymedia-KontrolleurInnen aber mehrfach solche Texte auch noch auf die Titelseite hoben und ihnen damit das Siegel besonderer Güte verliehen, irritiert dann doch. Zum Glück ist die Befürwortung von Strafe, Polizeihärte und Gefängnis nicht überall Standard. Eine Kritik an der Befürwortung des Einsperrens von Nazis erschien auf Indymedia im März 2012: <http://de.indymedia.org/2012/03/327015.shtml>.

»Anarchie«-Buch darf nicht in Knast

Mit einer Anhalteverfügung hat der Leiter der »Justizvollzugsanstalt« (wie die Stätte des sozialen Mordens formal heißt) Rheinbach am 5.7.2012 einem Gefangenen die Zusendung des Buches »Anarchie« (Seiten-

Hieb-Verlag) verwehrt. Die Begründung: Das Buch sei »demokratie- und reglementierungsfeindlich«. Genaue auf <http://de.indymedia.org/2012/08/333344.shtml>.

»Mauerfall« wiederbeleben?

Jahrrelang war der »Mauerfall« eine wichtige Austauschquelle und unzensurierte Sammlung von Texten von Gefangenen für Gefangene. Umgesetzt wurde sie von einer kleinen Gruppe aktiver KnastgegnerInnen vor allem aus dem Kölner Raum. Nach einigen Monaten erschöpfungsbedingter Pause soll ein neues Team den Faden wieder aufnehmen. Als vorläufige Kontaktadresse dient die Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen, kobra@projektwerkstatt.de. Wer werkelt mit an Abtippen, Zusammenstellen, Drucken, Verschicken???

Literaturhinweis zum Thema:

Wie bleibt der Rand am Rand, von Robert Sommer (2011, Mandelbaum in Wien, 178 S., 9,90 EUR)

Das Besondere am Buch ist die Gesamtbetrachtung verschiedener Phänomene von Ausgrenzung und Stigmatisierung, die üblicherweise – auch in politischen Protestbewegungen – zerstückelt und unabhängig voneinander wahrgenommen und »behandelt« werden. Dargestellt werden aber weniger die gesellschaftspolitischen Hintergründe. Die Kapitel beinhalten vor allem Reportagen, d.h. Berichte aus dem Leben von Betroffenen – auf der Straße, im Gefängnis oder der Zeit danach, bei Polizeiübergriffen gegen vermeintliche AusländerInnen (an Beispielen aus Österreich). Hinzugefügt sind Texte über die Entwicklungen im Allgemeinen, wie sie z.B. in Medien dargestellt werden.

Weitere Themen:

Streits um Versammlungsrecht

Mit bemerkenswerter Platitude versuchen Versammlungsbehörden (Ordnungsämter bzw. Polizei) immer wieder, selbst Demonstrationen (dieses ohnehin nur reichlich seichte Protestmittel, was aber zur langweiligen Politbewegung dieses Landes ganz gut passt) zu verhindern.

In Bochum wurde das Grundrecht auf Autofahren

von Polizei und dann auch vom Verwaltungsgericht höher bewertet als das Versammlungsrecht. Ganz normale Parkbuchten wurden schnell mal zu »Behinderten«-parkplätzen umgedeutet, Lautsprecher verboten, weil sonst die durch die Demo Kritisierten gestört werden könnten usw. (<http://de.indymedia.org/2012/08/333984.shtml>).

In Magdeburg schützte ein Gericht die wegen einer Gewahrsamnahme von DemonstrantInnen verklagte Polizei, in dem weder die Beklagten noch irgendein Zeuge erscheinen musste. Eine Beweiserhebung fand einfach gar nicht statt, stattdessen legte das Gericht fest, dass in Sachsen-Anhalt die Verhaftung von DemonstrantInnen auch nach Polizeirecht zulässig sei (<http://de.indymedia.org/2012/07/332545.shtml>).

Zum Glück treffen die Rechtsmacker immer häufiger auf geübte AktivistInnen kreativer Antirepression. So werden die Auseinandersetzungen noch einige Pirouetten nehmen (siehe auch www.demorecht.de).

Verfahrenseinstellungen:

Offensive Prozessführung zahlt sich aus

Die kreative Antirepression erzielt seit Monaten gute Ergebnisse bei Straferfahren. Etliche Verfahren z.B. in Lüneburg, Oschersleben, Haldensleben und anderen Orten wurden eingestellt, nachdem die RichterInnen mit aufmüpfigem Publikum und offensiv die Strafprozessordnung ausnutzenden Angeklagten konfrontiert wurden – oftmals zudem unterstützt von LaienverteidigerInnen. Zudem können Prozesse so politischer geführt werden als im klassischen Modus (Maul halten, AnwaltIn machen lassen). Tipps zur offensiven Prozessführung unter www.prozessstipps.de.

Akteneinsicht nach UIG

Eine neue Broschüre bietet Hilfe für alle, die selbst Spürhunde sein wollen. Das Bundesumweltministerium hat diese zum Akteneinsichtsrecht nach Umweltschutzgesetz herausgegeben. Lässt sich gratis in Papierform bestellen oder downloaden unter www.bmu.bund.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/broschuere_aarhus_bf.pdf ●

Jörg Bergstedt